

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1846**

25.4.1846 (No. 112)



# Karlsruher Zeitung.

Samstag, den 25. April.

N<sup>o</sup>. 112.

Vorauszahlung: jährlich 8 fl., halbj. 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

1846.

## Deutschland.

**△ Karlsruhe, 24. April.** In einer der neuen Nummern der „Eesblätter“ wird von der „Karlsruher Zeitung“ gesagt, sie rathe nun zur Mäßigung, aber vor einigen Wochen habe der Vogel anders gepiffen. — Daß wir zur Mäßigung rathen, ist vollkommen richtig, aber wir thun es nicht erst heute, sondern haben es auch schon früher und namentlich immer dann gethan, wenn ein friedliches Zusammenwirken der Regierung und Stände droht, wenn im Kampfe der Parteien das wahre Interesse des Volkes gefährdet schien. Wer anders von uns ausfragt, hat uns nicht verstanden, oder nicht verstehen wollen. Das wechselseitige Vertrauen zwischen Regierung und Volk ist eine der Grundbedingungen, wenn die Geschäfte des Staates einen gedeihlichen, des Landes Wohl fördernden Fortgang nehmen sollen. Dieses Vertrauen zu erhalten, oder eingetretenes Mißtrauen zu entfernen, schien uns daher jederzeit eine schöne, heilige Pflicht, die jeder wahre Vaterlandsfreund gerne übt. Bei der bekannten unzweideutigen Darlegung eines fürsächlichen Willens, das Wohl des Landes als das eigene zu betrachten, die Verfassung treu zu beobachten und beobachten zu lassen, Ruhe und Ordnung zu erhalten und Allen und Jedem gleichen Schutz und Schirm zu gewähren, bei der nicht minder thatfächlichen Erscheinung, daß die Regierung jederzeit zu vernünftigen Reformen bereitwillig die Hand bot, und stets den natürlichen Gang politischer Entwicklung, die Sache der bürgerlichen Freiheit mit Liebe und Umsicht fördert, schien uns ein ernstlicher Grund zu Mißtrauen nicht vorhanden, und darum konnten wir mit Fug und Recht zur Mäßigung rathen, sobald andererseits Wünsche und Forderungen gestellt werden, welche außerhalb der verfassungsmäßigen Grundsätze des Landes liegen, oder deren Erfüllung überhaupt nach den bestehenden Verhältnissen nicht möglich ist und höchstens die Regierung nach Außen in bedenklichen Konflikt bringen müßte. Gewissen und Pflicht haben der letztern die Aufgabe gestellt, im wohlverstandenen Interesse des Landes mit Hartnäckigkeit an dem Grundpfeiler der ganzen Verfassung, an dem monarchischen Prinzip festzuhalten und die auch nur entfernte Abficht einer realen Theilung oder Trennung der Staatsgewalt entschieden abzuweisen, wenn sie anders nicht den modernen Politikern das Feld räumen will, welche von allem historisch Gegebenen absehen und den Staat als eine tabula rasa betrachten, auf welcher Jeder unbeschränkt seine politischen Konstitutionsentwürfe ausstramen mag.

**Meersburg, 17. April.** (D. Z.) Mit Vergnügen wohnten wir im Laufe dieser Woche den Prüfungen im hiesigen Lehrerseminar bei, welche Herr Oberkirchenrath Zimmermann mit eben so sichtbarer Liebe für Volksbildung als tiefer Einsicht in das Volksschulwesen vornahm. Mit allgemeinem Wohlgefallen gewahrte man den Pflichter und die tüchtigen Leistungen des Direktors und der übrigen Lehrer dieser Anstalt, die bei dieser Prüfung auf das Deutlichste hervortraten und die beste Gewähr leisten, daß die Bildung des Volkes stets fortschreiten wird. Besonders sprach die Art an, in welcher der Religionsunterricht den künftigen Volksschülern erteilt wird, wodurch sie eben so wenig zu einer leichtfertigen Aburtheilung über religiöse Gegenstände als zu einem blinden Köhlerglauben angeleitet, sondern ihnen vielmehr die Ueberzeugung beigebracht wird, daß nur jene Religion eine wahrhaft christliche sey, die sich in Werken der Liebe und in einem Wandel nach Jesu Lehre fund gibt.

Aus dem ersten Aemterwahlbezirk, 20. April. (M. M.) Der Herr geheime Rath Mittermaier hat an einen Wahlmann des ersten Aemterwahlbezirks, welcher ihm seine erfolgte Wahl zum Abgeordneten jenes Bezirks am Wahltag, den 3. d. M., sogleich anzeigte, eine Antwort unter'm 7. d. M. erteilt, worin er sich für die Annahme der Wahl ausgesprochen hat. Da es wünschenswerth ist, daß dieselbe nicht bloß zur Kenntniß der Wahlmänner gebracht, sondern überhaupt im Wahlbezirk bekannt werde, und Ihr Blatt in demselben vielfach gehalten und gelesen wird, so erlauben wir Sie, erwähnendes

Schreiben in dasselbe aufzunehmen; es lautet wörtlich wie folgt: „Euer Wohlgeborene entschuldigen, daß ich erst heute auf Ihr verehrliches Schreiben vom 3. d. M. antwortete. Der Brief traf mich gestern, als ich wegen Unwohlseyns das Bett hüten mußte. Indem ich eile, zu erklären, daß ich die auf mich gefallene Wahl des ersten Aemterwahlbezirks annehme, bitte ich Euer Wohlgeborene, meinen verbindlichsten Dank zu genehmigen, den ich den Wahlmännern zolle, die mich für würdig hielten, durch die Wahl des ersten Aemterwahlbezirks in die Kammer zu treten. Meine Ansichten und Handlungsweise liegen in der Art, wie ich von 1831 — 1840 in der Kammer wirkte, offen vor. Ich bin derselbe geblieben und bin von der Heiligkeit der Pflichten des Volksvertreters durchdrungen. Weder Furcht noch Hoffnung können mich darin irre machen, das, was ich für Recht halte, mit Ernst und Kraft, aber auch in der Form auszusprechen, welche der Würde der Ständeversammlung entspricht. Wenn ich die Pflicht habe, des gesammten Vaterlandes Bestes zu vertreten, so hindert dies nicht, mit Nachdruck für die Interessen des Wahlbezirks thätig zu seyn, welcher mich mit seiner Wahl beehrt. Ich wünsche daher nur jene Interessen des Bezirks kennen zu lernen und die Materialien zu erhalten, die mich in den Stand setzen, dafür zu wirken. Heidelberg, den 7. April 1846. Euer u. s. w. gehorh. Mittermaier.“ Wir glauben übrigens als gewiß beifügen zu dürfen, daß Herr Mittermaier, wenn es ihm seine Gesundheit und seine wichtigen Berufsobliegenheiten gestatten, unsern Bezirk bald mit seiner Gegenwart erfreuen und die Wünsche seiner Kommittenten persönlich entgegennehmen wird.

— Das „Mannheimer Journal“ schreibt: In einer der letzten Sitzungen der bayerischen Abgeordnetenkammer hat der pfälzische Abgeordnete Christmann die Motion begründet: „Die bayerische Regierung möge darauf hinwirken, daß die Ausgleichungssteuer auf süddeutsche Weine, welche bisher etwa 40 fl. per Stück, gleich 8 bad. Dhm., betrug, auf 14 fl. herabgesetzt werde.“ Dem Vernehmen nach wird diese Motion von allen Seiten kräftige Unterstützung finden, weil bis zur Evidenz nachgewiesen ist, daß höchstens ein Drittel der bisherigen Abgabe von 40 fl. auf rechtlicher Grundlage ruht. Indem wir dem wackeren pfälzischen Abgeordneten auch im Namen der badischen Produzenten und Weinhandlender unsern Dank aussprechen, hoffen wir, daß die nächste Folge seines Antrags an die bayerische Regierung energische Instruktionen in diesem Sinne für den bayerischen Kommissar bei dem bevorstehenden Zollkongresse in Berlin seyn werden. Ohne Zweifel wird diese Angelegenheit, welche für Bayern, Württemberg und Baden, die für sich allein  $\frac{1}{3}$  der ganzen vereinsländischen Weinproduktion repräsentiren, nicht nur eine wichtige, sondern auch eine solidarische ist, auch auf unserem Landtage zur Sprache kommen und zu Gunsten des benachtheiligten süddeutschen Wein- und Tabakbaues entschieden werden. Die Gründe, welche unser gutes Recht, die Reduktion dieser Steuer zu verlangen, klar machen, sind schon vielfältig in diesen und andern Blättern gegeben worden; bis heute hat sich aber auch noch nicht eine Stimme in den öffentlichen Organen dagegen erhoben, was jedenfalls als ein weiterer moralischer Beweis für die Rechtmäßigkeit unserer Ansprüche gelten kann. Wenn wir auch gerne zugeben, daß bei Abschluß des Zollvereins aus Mangel an feststehenden statistischen Nachweisungen ein irriger Satz bei Fixirung der Ausgleichungssteuer zu Grunde gelegt worden ist, so haben wir dagegen jetzt, wo die praktische Erfahrung von zehn Jahren dieses uns nachtheilige Verhältnis klar an's Licht gebracht hat, das Vertrauen zu den Regierungen der nördlichen Zollvereinsstaaten, sowie zu deren respektiven Kammern, welche die Zollgesetze mit berathen, — daß sie einer solchen Abgabe, die mit Unrecht von der süddeutschen Produktion erhoben wird, nicht länger das Wort reden, daß sie vielmehr auf der nächsten Konferenz in Berlin, auf den Antrag der süddeutschen Vereinsstaaten, eine bedeutende Reduktion dieser Steuer beschließen werden.

München, 20. April. (M. Kur.) Folgendes sind die Beschlüsse, resp. Anträge des dritten Ausschusses der Kammer der Abgeordneten bez. der Petitionen der Israeliten, Gleichstellung betreffend: 1) Daß bis zum nächsten

## Vera.

Nach dem Französischen, von Melchior Nische.

Jedermann weiß, daß die Eisberge ein Lieblingsvergnügen des russischen Volks sind, und daß sogar die gute Gesellschaft es nicht verschmäht, an demselben Theil zu nehmen. Auf einer der Inseln, die durch die vielen Arme der Nawa gebildet werden, errichtet man während der Winterzeit in einem Garten ein hölzernes Gerüst, welches einen einzigen ziemlich steilen Abhang bildet. Auf diesen Abhang legt man große Eisblöcke, fügt sie genau aneinander und gießt dann Wasser darüber hin, welches schnell gefriert und somit das beste Mittel hergibt, die Eisstücke so schön und fest an einander zu binden, daß die Oberfläche des Ganzen einem glänzenden Spiegel gleicht.

Auf der obersten Spitze des Gerüsts befindet sich ein kleiner Salon, wo die Damen auf den rundum angebrachten Wänken sich niederlassen. Die jungen Herren kommen angefahren auf Schlitten, die mit muthigen Pferden bespannt sind, deren Rücken Sammetdecken schmücken, oder auch Bärenselle mit vergoldeten Tagen. Bei ihrer Ankunft werfen die Kavaliere sogleich die Mäntel ab und beilen sich, in den Salon einzutreten, begleitet von einem Bedienten, der einen kleinen Schlitten vor ihnen beträgt; der letztere ist überall mit Schellen versehen, und hat auf dem Siege ein prächtig geschnittenes Teppichstück. In einem mit Pelz besetzten Spencez gekleidet, welcher, leicht und zerlich gemacht, allen ihren Bewegungen eine vollkommene Freiheit läßt, und an den Händen dicke Handschuhe von Wildleder tragend, kommen sie auf die Damen zu, und bieten denselben ihre Dienste an für den ersten, zweiten oder dritten Ruffsch. Man würde sich hier in einen Ballsaal versetzt glauben, wenn die schneidend kalte Luft Sinen nicht daran erinnerte, in welchem Kontraste dieser hoch und ganz frei gelegene Pavillon mit jenen Sälen stände, wo die Mode, so zu sagen, erblüht, daß man ersticke; denn, wie geräumig die Säle von Petersburg auch seyn mögen, man hat dennoch für gut gefunden, auch hier die sogenannten routs einzuführen.

Der Ruffe ergibt sich leidenschaftlich dem Vergnügen der Eisberge, und es ist allerdings wahr, daß es viel Anziehendes hat. Welches Glück gewährt es nicht, seine Geschicklichkeit vor den Augen derjenigen Dame zu zeigen, welche man liebt und bewundert? Und mit welcher angenehmen Empfindung vertraut diese hinwiederum nicht ihr Leben dem Manne an, der alle ihre Gedanken belebt! Gerade die Gefahr, der man sich dabei aussetzt, gibt diesem Vergnügen seine beste Würze, zumal da wir in einem Jahrhunderte leben, wo heftige Aufregungen zum Bedürfnisse geworden sind. Der Walzer genügt nicht mehr, man hat den Galopp erfunden, und neuerdings muß es Masurka seyn. Nach meiner Ansicht ist das Vergnügen der Eisberge allen jenen erzhühenden Tänzen vorzuziehen.

Es war herrliches Wetter, der Thermometer stand auf 10 Grade unter dem Gefrierpunkte; die Kälte, obschon erträglich, ließ jedoch den Wunsch rege werden, sich eine etwas stärkere Bewegung als gewöhnlich zu machen. Der Schnee glänzte von funkelnden Diamanten, die Zweige der Bäume, rundum mit Reif bedeckt, glänzen weißgeputzten Haaren, oder, noch besser, jenen krySTALLISIRTEN Zuckerfäden, deren Anblick bei Vertiklemont so verführerisch ist. In fliegender Eile verfolgte ein Schlitten den andern. Die schöne Gräfin Vera Labanoff, von zwei kleinen Kafans Kennern gezogen, springt aus ihrem zierlichen Schlitten, schüttelt die Schneeflocken vom köstlichen Pelzwerke, in das sie gehüllt ist, und steigt hastig die Treppe hinauf, welche zum Pavillon führt. Eine kurze violette Sammetkassette schließt sich anmuthig um ihre schlankte Gestalt; eine Zobelboa hebt die zarte Farbe ihrer Haut, durch die Kälte belebt, nur noch mehr hervor! ihr schönes, ovales Gesicht faßt ein weißer Atlashut ein, der Tags zuvor von Herbault aus Paris angekommen ist; die sanft darauf schwankenden Federn verschwinden gleichsam in der blendenden Weiße, die sie umgibt, und violette Atlasstiefelchen, mit Zobel besetzt, schützen den niedlichen Fuß vor der Kälte. Im lustigen Pavillon angelangt, wirft sie einen schnellen Blick um sich, und bemerkt mit Erstaunen, daß die Person, welche ihr gewöhnlich überall entgegenkommt, noch nicht da ist. Sie unterdrückt einen leisen Seufzer, den dieses unerwartete Außenbleiben in ihr erregte, und läßt sich dann langsam auf eine



Landtag ein Gesetzentwurf zur Beseitigung der gegen die Israeliten bestehenden zivilgesetzlichen prozessualischen Ausnahmengesetze den Ständen des Reiches vorgelegt werde; 2) daß das Edikt vom 10. Juni 1813 einer gründlichen und zeitgemäßen Revision unterworfen werde; 3) daß bis dahin der schonendste Vollzug der §§. 12 und 13 angeordnet und dem Handel mit Landesprodukten auf den Grund der §§. 19 und 20 des genannten Edikts kein Hinderniß entgegen gesetzt werde. — Das Ausschussmitglied, Hr. Gutsherrlicher Christmann (aus der Pfalz), gab folgendes Separatvotum ab: Nach seiner Ansicht gebühre den Israeliten in Bayern die politische und zivilrechtliche Gleichstellung mit ihren christlichen Mitbürgern. Da aber den Ständen ein Antrag auf vollständige Emanzipation verfassungsmäßig nicht zukomme, so trete er zwar den von der Mehrheit des Ausschusses gestellten Anträgen bei, beantrage jedoch ferner: §. 1. eine Gleichstellung der Israeliten mit ihren christlichen Mitbürgern in allen zivilrechtlichen und staatspolizeilichen Beziehungen. §. 2. Namentlich die sofortige Aufhebung des §. 12 des Edikts vom 10. Juni 1813, also lautend: „§. 12. Die Zahl der Judenfamilien an den Orten, wo sie dormalen bestehen, darf in der Regel nicht vermehrt werden; sie soll vielmehr nach und nach vermindert werden, wenn sie zu groß ist.“

München, 22. April. (N. Z.) Der bei Beginn der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten verlesene Einlauf enthielt wiederholte Eingaben von Seite pfälzischer Bürger um Wiederherstellung verfassungsmäßiger Pressefreiheit u. gleichzeitliche Besteuerung (als Anträge angeeignet von mehreren Abgeordneten der Pfalz); dann eine Beschwerde der Mitglieder der Spitalverwaltung zu Deidesheim wegen Verletzung verfassungsmäßiger Rechte durch die gegen ihren Einspruch erfolgte Einführung der barmherzigen Schwestern. Nachdem durch den Abg. Graf Hegnenberg Dur der Ausschussbericht über die Militärrechnungen für die drei Jahre 1841/42 bis 1843/44 vorgetragen, und hierdurch die Reihe der Referate im Betreff der Rechnungsnachweisungen geschlossen worden, so wird von übermorgen an die Berathung über die einzelnen Referate stattfinden können. Ein Wochentag soll fortan der Erledigung von Anträgen und Beschwerden gewidmet seyn. Als erster Berathungsgegenstand dieser Art steht für morgen der Ausschussvortrag über den Antrag des Herrn Reichsraths Fürsten v. Webe in Betreff der Quarta pauperum et scholarum auf der Tagesordnung.

München, 20. April. (N. Z.) So eben verbreitet sich in unseren Mauern die wichtige Nachricht, daß der bereits viele Monate hindurch währende dauerliche Konflikt zwischen der hiesigen Regierung und dem Bischof seine definitive Vertheidigung in Folge ergangener allerhöchster Entscheidung Sr. Maj. des Königs gefunden hat. Die königl. Kabinettsordre bestimmt, daß die Besetzung der kathol. Elementarschullehrerstellen nach wie vor, wie bisher geschehen, durch die königl. Regierung erfolgen, diese die Anstellungspatente ausfertigen, dabei indeß gehalten seyn soll, auf etwaige Wünsche oder gegründete Anstellungsvorstellungen des Bischofs hinsichtlich der anzustellenden Individuen, die in den Schullehrerseminarien ihre Bildung erhalten haben müssen, möglichst Rücksicht bei ihrer Anstellung zu nehmen. So viel für heute vorläufig.

Berlin, 16. April. Es unterliegt keinem Zweifel, schreibt die „Weser Zeitung“, daß nicht nur von Seiten der österreichischen Regierung, sondern auch von Seiten Preußens Noten an die französische Regierung gerichtet worden sind, die sich im Wesentlichen über den Umstand aussprechen, daß man in Paris den Intriquen der polnischen Propaganda ziemlich gelassen zugesehen habe, obwohl man doch von denselben Kenntniß hatte, und daß namentlich das dynastische „Journal des Debats“ sich zur Bekanntmachung derjenigen Akte hergegeben habe, welche Fürst Gortoryski in Folge der Insurrektion vorgenommen. Wenn die österreichische Regierung denselben mit der Sequestrierung der fürstlichen Güter innerhalb des Kaiserreichs begegnet hat, so bedarf es eben keiner Auseinandersetzung, wie das Verfahren des „Journal des Debats“ in Wien angesehen worden ist. Zwei Artikel, welche der „Rheinische Beobachter“ über dasselbe brachte, können zum Beweis dienen, daß man preussischer Seite keine entgegengesetzte Meinung hegt. Die Antwort des Herrn Guizot in Betreff des „Journal des Debats“ war vorauszu sehen; aber auf die das Letztere kommt es in dieser Frage wenig an, sondern lediglich auf die Haltung und das Benehmen derjenigen Person, die hinter dem „Journal des Debats“ steht, und die bekanntlich trotz aller formellen Unverantwortlichkeit von den europäischen Kabinetten in dergleichen Angelegenheiten und wenn die Thatsachen so unabweidung redend, als sehr verantwortlich angesehen werden wird. Gegen diese, nicht gegen das „Journal des Debats“, sind daher auch die betreffenden Einsprüche gerichtet worden. Wenn nun die „Gazette de France“ in ihrem legitimistisch-oppositionellen Tone einen „Auszug“ der österreichischen Note gegeben hat, so war vorabzusehen, daß das österreichische Ka-

Bank nieder. Endlich nähert sich ihr ein junger Mann und fragt sie mit edlem Anstand, ob sie ihm die Ehre erweisen wolle, mit ihm den vierten Rutsch zu machen. Sey es nun aus Verdruß oder Vergessenheit, kurz, sie sagt zu und macht sich zu einem Rutsche verbindlich, den sie nach einer alten Uebereinkunft eigentlich dem Fürsten Wladimir Winsky aufheben sollte, mit welchem sie gleichfalls auf allen Wällen die vierte Masurka zu tanzen pflegte. Darauf bittet sie der Unbekannte um die Erlaubniß, sich einzuweisen an ihre Seite zu setzen, bis die Reihe an sie und die Bekannte käme. Bald entspinnt sich zwischen ihnen eine eben so interessante, als belebte Unterhaltung, deren Gegenstand Literatur, Reisen, Sitten und Gebräuche war. Schon fängt Vera an, Wladimir's Abwesenheit zu vermissen, und erinnert sich, den schönen Unbekannten auf dem letzten Ball beim französischen Gesandten gesehen zu haben. Das angenehme und zugleich kräftige Aeußere des jungen Mannes, sein mit Biber verbrämter Spener und besonders die Sicherheit, mit welcher er ihr den Rutsch auf dem Eisberge anbot, und welche bei einem Manne von so gutem Tone nur aus einer langen Bekanntschaft mit diesem hyperboreischen Vergnügen hervorgehen konnte: dies Alles hatte die Gräfin Labanoff in dem Glauben gelassen, daß sie mit einem ihrer Landsleute zu thun habe. Als sie sich jedoch eines russischen Ausdrucks bediente für eine Idee, die sie im Französischen nicht wiederzugeben wußte, so bat man sich die Erklärung desselben aus, woran sie sogleich erkannte, daß sie sich getäuscht hatte. Es mußte also ein Franzose seyn: denn nur ein Russe oder Franzose konnte die Sprache der Höfe und der höhern Gesellschaft so zierlich und mit so vieler Leichtigkeit sprechen.

Diese Ueberzeugung aber erregte in Vera einigen Zweifel über sein Talent, den kleinen Schlitten auf der abschüssigen Eisbahn zu lenken, und sie beschloß sogleich, sich darüber mit aller Artigkeit auszusprechen. Nachdem der junge Mann ihre Unruhe beseitigt hatte, stand sie von der Bank auf und setzte sich auf das Kissen, wobei sie zugleich mit einem Gefühle innerer Genugthuung bemerkte, daß es ganz einfach mit Sammet überzogen war, und sich keine Spur einer weiblichen Sitiererei darauf zeigte. Ihr Führer miß schnell mit dem Auge die Entfernung,

binet einer solchen allerdings vom Parteigeiste eingegebenen Fassung mit einer Desavouirung begegnen würde. Eine Note ist aber demungeachtet übergeben worden, und die „Gazette de France“, die von der nachdrücklichen Sprache derselben unterrichtet seyn konnte, hat dieselbe nur in ihrem Sinne ausgebeutet, was nicht verhindert, einzelne Stellen derselben für den Sinn jener Sprache bezeichnend zu halten. Derselbe soll namentlich auf einen Vergleich des Verfahrens, welches die französische Regierung in Betreff der spanischen Flüchtlinge beobachtete, mit demjenigen, welches von ihr hinsichtlich der polnischen belinge beobachtet, mit demjenigen, auch soll man allerdings auf die loyale und konservative Haltung der nordischen Mächte bezüglich jener französischen Emigranten hingewiesen haben, die jeden Augenblick geneigt seyn würden, das Ausland zum Mittelpunkt ihrer Bestrebungen gegen die jetzige Ordnung der Dinge in Frankreich zu machen. — Die hier stattfindenden Konferenzen der außerordentlichen Gesandten der Schutzmächte betreffend, so sind sie im Wesentlichen militärischer Art. Es handelt sich weniger um eine Schutzgarantion Krakaus für ewige Zeit, als um eine nachdrückliche Heeresmacht der Schutzmächte in den angrenzenden, ihnen gehörigen polnischen Provinzen, also um eine Militärkonvention, der sich dann dem Auslande gegenüber eine Kenntniß gebende Note anschließen würde. Die Letztere wird zugleich gegen Frankreich die Ansicht aussprechen, wie man alles Ernstes erwarte, die französische Regierung werde verhindern, daß Paris und Frankreich jemals wieder zu einem Heerd für Umtriebe gegen bescreundete Mächte diene. — Die Ruhe in Gallizien, ja selbst in Posen betreffend, so ist sie keineswegs so unzweideutig gesichert, daß die Regierungen ihrerwegen gleichfalls beruhigt seyn könnten. Der gesellschaftliche Boden Galliziens ist unterminirt, und die polnischen Emigranten sind jeden Augenblick bereit, das Aeußerste zu wagen, um eine Gährung zu unterhalten, die die Massen durchdrungen hat und die mit nicht minder wachsamem Auge von der polnischen und italienischen Emigration verfolgt wird wie von den Regierungen.

Berlin, 17. April. (N. Z.) Das preussische Eisenbahngesetz, wie es theils ausgeführt, theils im Bau begriffen, gesichert und mehr oder weniger ernstlich projektirt ist, wird binnen zehn Jahren sich über mehr als 600 Meilen erstrecken und gegen 200 Millionen Thaler kosten; bis jetzt sind davon 150 deutsche Meilen fertig und über 64 Millionen Thaler bezahlt, theils für die fertigen, theils für die im Bau begriffenen Eisenbahnen. Die Ausführung der letzteren so wie der gesicherten oder auch nur projektirten Eisenbahnen ist fast zur Nothwendigkeit geworden, wenn Preußen nicht hinter der materiellen Entwicklung seiner Nachbarn zurückbleiben will; ja, die Zahl der Eisenbahnprojekte wird sich noch in den nächsten zehn Jahren ansehnlich vermehren, wie denn z. B. gegenwärtig eine Abordnung westphälischer Städte sich hier befindet, um die Konzeption zu einer Eisenbahnverbindung, die bisher noch nicht projektirt war, zu betreiben; und auch solche neue Projekte werden als Glieder des ganzen Netzes nicht zurückzuhalten seyn, weil, was dem Einen recht, dem Andern billig ist. Eine ganz andere Frage aber, die sich gegenwärtig gerade bedeutend in den Vordergrund der Eisenbahndiskussion drängt, ist, ob die Geldkräfte des Staates zu den projektirten Unternehmungen ausreichen werden, ob durch diese einseitige Richtung des Geldverkehrs auf das Eisenbahnwesen nicht sehr gefährliche Störungen in allen übrigen bürgerlichen Verhältnissen hervorgerufen werden dürften. Die Anzeichen solcher Störung haben sich allerdings schon bemerklich gemacht. Da aber die Anlage der fraglichen Eisenbahnen von einer unvermeidlichen Nothwendigkeit geboten ist, so kommt es nur darauf an, die Mittel und Wege zu finden, um ohne Störung anderer wichtiger Interessen die Geldkräfte zu ihrer Ausführung herbeizuschaffen. Wir glauben, daß dies ein Gegenstand der Beratungen seyn wird, falls, wie jetzt allgemein versichert wird, über kurz oder lang sogenannte Reichsstände berufen werden sollten, die in ähnlicher Weise, wie vor vier Jahren die in Berlin versammelt gewesenen ständischen Ausschüsse, ihr Gutachten über diese Angelegenheit abzugeben haben werden. Daß unser Staat bei einer Bevölkerung von mehr als 15 Millionen Menschen, bei wohlgeordneten Finanzen, bei der Möglichkeit, in sehr vielen Zweigen der Staatsausgaben, wie z. B. in dem Militäretat, bedeutende Ersparnisse zu bewirken, bei der zunehmenden Entwicklung seiner Industrie und seines Handels im Stande ist, binnen zehn Jahren die erwähnten 600 Meilen Eisenbahnen, — theils durch Vermittelung von Privatgesellschaften, theils auf eigene Kosten — auszuführen, kann gewiß nicht in Zweifel gezogen werden; hat doch in Nordamerika eine Bevölkerung von 17 Millionen Menschen bereits 745 deutsche Meilen Eisenbahnen ausgeführt, und ferner 1300 deutsche Meilen theils in Angriff genommen, theils projektirt, und haben den 19 Millionen Bewohnern Englands ihre 4 — 500 Meilen Eisenbahnen, die theils vollendet, theils im Bau begriffen sind, ein Anlagekapital von 430 Millionen Thaler gekostet. Ohne direkte und energische Theilnehmung des Staates, ohne Vermeh-

welche sie zu durchlaufen haben, gibt dem Schlittchen einen Schub und Weibe fliegen vertrauensvoll die Eisfläche hinab.

In demselben Augenblicke tritt der Fürst Winsky, ganz außer Athem, in den Pavillon ein; er hoffte noch zur rechten Zeit vor dem vierten Rutsche anzukommen, und genos schon im Voraus das Glück, mit der schönsten Frau Petersburgs die Eisbahn hinabzufahren, mit Vera, die er anbetete, der er seit zwei Jahren alle seine Schuldigungen darbrachte; statt dessen aber empfängt er nur ein höhnisches Lächeln und ein leichtes Nicken mit dem Kopfe zum Abschiedszeichen. Das Fröhlich in Gesellschaft einiger Freunde, die ihn hingehalten hatten, verfluchend, u. wüthend über die Vergessenheit Vera's und besonders über jenes Kopfnicken, das etwas Beliebigens des für ihn zu haben schien, ergreift er den ersten besten Schlitten, der ihm unter die Hand kam, warf sich darauf und rutschte dem eben abgefahrenen Paare nach. Seine Hände zittern, seine Augen sind wie verblendet, und er ist nicht genug bei kaltem Blute, um den Schlitten richtig zu lenken; plötzlich stößt er gegen die Bretter an, welche die Bahn zu beiden Seiten begrenzen, und fällt auf einen großen Haufen Schnee. Das überall änebrechende Geräusch, als man ihn, ganz mit Schnee bedeckt, aufstehen und auf dem Eise hinschwanfen sieht, steigert seine Wuth nur noch höher. Er läuft, fällt noch einmal und erreicht endlich Vera in dem Augenblicke, wo sie, am zweiten Berge angekommen, sich vorbereitete, mit dem jungen Fremden wieder zurückzufahren.

Vera fühlte sich, Wladimir gegenüber, schuldig und sagte zu ihm, um ihren Fehler durch einen Scherz wieder gut zu machen:

„So haben denn endlich die Ungeschicklichkeit und Herr von Winsky auch Bekanntschaft mit einander gemacht?“

„Es scheint, als ob die Frau Gräfin Labanoff vorausgesehen hätte, daß der 6. Jan. ein Unglückstag für mich seyn würde,“ antwortete der Fürst, sich in die Lippen beißend; „und somit hat sie wohlweislich beschlossen, an diesem Tage einem andern Stern zu folgen.“

(Schluß folgt.)



...nung der Geldmittel wird freilich das preussische Eisenbahnen seiner Ausführung nicht entgegen gehen können.

Berlin, 20. April. (B. N.) Die neuliche Mittheilung über die Berufung einer Reichssynode können wir dahin ergänzen, daß dieselbe am Tage nach Pfingsten in Berlin zusammentreten wird, und daß die Fragen, welche den Gegenstand der berliner evangelischen Konferenz gebildet haben, auch die Synode beschäftigen werden, nämlich die Kirchenverfassung, die Verbindlichkeit der Bekenntnisschriften und die Vereidigung der Geistlichen auf dieselben, wie es ja überhaupt diese Fragen sind, welche jetzt unsere Kirche bewegen. Von Seiten der theologischen Fakultät der hiesigen Universität ist der Professor Twisten zum Abgeordneten erwählt worden, der auch schon im vergangenen Jahre Mitglied der Kommission war, welche in Wittenberg den Prediger Wislicenus aus Halle über die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen zu hören hatte. Ueber den Wahlmodus der Laien ist bestimmt worden, daß die Oberpräsidenten und Generalsuperintendenten jeder Provinz eine Liste von 18 Laien zu entwerfen haben, aus welchen die Synode der Provinz „drei fromme und kirchlich gesinnte“ Männer zu erwählen hat.

Frankreich.

Paris, 22. April. (Korresp.) Die Kommission des Gesetzesvorschlags über die politischen Flüchtlinge hatte von dem Minister des Innern genaue Details über die Anzahl der Flüchtlinge, über die ihnen werdende Unterstützung und über die gegen sie angewendeten staatspolizeilichen Maßregeln verlangt. Aus dem gestern vertheilten Berichte der Kommission geht nun hervor, daß sich gegenwärtig die Anzahl der politischen Flüchtlinge in Frankreich folgender Massen herausstellt: Von der Regierung unterstützte Flüchtlinge 4525, und zwar: 3770 Polen, 428 Spanier, 323 Italiener und 4 in keine dieser drei Kategorien Gehörige; von der Regierung nicht unterstützte Flüchtlinge 7778, und zwar: 969 Polen, 6421 Spanier, 209 Italiener und 179 Deutsche. (Natürlich sind in dieser Uebersicht die große Menge politischer Flüchtlinge aller Länder, die die Regimenter der Fremdenlegion in Afrika bilden, nicht enthalten.) Von dieser Gesamtzahl von 12,203 politischen Flüchtlingen sind im Ganzen 9, und die meisten nicht wegen politischer Angelegenheit, aus Frankreich verwiesen worden. Der Bericht der Kommission schließt mit einer energischen Protestation der französischen Abgeordnetenkammer gegen die Besetzung Krakaus durch die Truppen der drei Schutzmächte, gegen die früher schon vollzogenen zweimaligen Modifikationen der Konstitution des Freistaates Krakau und gegen die Vernichtung der polnischen Nationalität. — Comte ist gestern Mittag in einem Fiaker von der Conciergerie nach dem Palaste der Pairskammer gebracht und dort verhört worden; um 5 Uhr wurde er wieder in die Conciergerie zurückgebracht, da das Gefängniß im Luxemburgpalast noch nicht fertig ist. — Unter den zahlreichen, dem Könige überreichten Adressen wegen des glücklich abgewendeten Attentats von Fontainebleau bemerkt man auch eine Adresse des Fürsten Adam Czartoryski und der ganzen polnischen Emigration.

Paris, 22. April. (Korresp.) Die „Quotidienne“ erzählt, daß man sich im Generalsstabe der pariser Nationalgarde sehr gekränkt gefühlt habe, daß der König bei den letzten Empfängen noch immer die alte verpönte Nationalgarduniform und nicht die neueingeführte Tunika getragen habe. Das legitimitische Blatt meint ferner, da der Kaiser etwas forpülente Personen schlecht kleide, so sey sogar zu erwarten, daß der König auch bei den Empfängen des 1. Mai noch in der alten reglementwidrigen Uniform erscheine, ja selbe wohl für immer beibehalten werde. — Die zahlreichen Einladungen, mit denen Lord Palmerston überhäuft wird, zwingen ihn, seinen Aufenthalt in Paris bis Montag, den 27. d. M., zu verlängern. Marquis von Normanby, den man schon als den künftigen englischen Botschafter eines Whigkabinetts bezeichnet, bleibt ebenfalls bis dahin in Paris. — Graf Appony, österreichischer Gesandter, ist nach Wien abgereist. — General Narvaez hat Bayonne verlassen und wird heute in Paris erwartet. — Der Infant Don Enrique ist noch immer in Bayonne; man sah ihn einige Male in Begleitung des Generals Narvaez ausreiten. — Der gestrige Trauergottesdienst für die gefallenen Polen in der Pfarrkirche von Batignolles war sehr zahlreich besucht; viele Pairs und Deputirte, alle literarische und publizistische Notabilitäten und die ganze polnische Emigration waren anwesend. Ein Katastroph in der Mitte der Kirche trug die Namen: „Jaroski! Kosciuszewski! Pantaleon Potocki!“ (alle drei in Warschau und Siedlitz hingerichtet); darunter stand das einzige Wort: „Tarnop!“ das an die dafelbst ermordeten acht Hundert Gedullete erinnerte. Sechzig Knaben der polnischen Nationalschule in nationalem Kostüme sangen in polnischer Sprache die heimathlichen Trauerlieder. Der weiße Adler Polens prangte überall als Symbol.

Spanien.

Paris, 22. April. (Korr.) Die madrider Blätter vom 15. melden, daß die Insurrektion in Galicien auf Lugo u. Santiago beschränkt sey, nirgends Sympathien finde u. die Insurgenten, von allen Seiten zurückgewiesen, wahrscheinlich bald nach Portugal flüchten werden. — In Madrid selbst sind Gerüchte in Umlauf über ein abermaliges Zerwürfniß im Schooße des neuen Ministeriums, sowohl wegen des Besetzgesetzes, als über die Art und Weise, wie die gefangenen Insurgenten zu behandeln seyen. General Concha hatte alle Gefangenen der königlichen Gnade empfohlen und sich geweigert, Hinrichtungen vollziehen zu lassen. Das Ministerium hiermit unzufrieden, soll dem General den Befehl zugesandt haben, alle gefangenen Offiziere der Insurgenten sogleich erschießen zu lassen. — Die madrider Blätter vom 16. d. melden, daß General Villalonga am 11. in Santiago eingerückt sey, und daß die Insurgenten die Flucht nach Vigo und Pontevedra ergriffen haben. Die ministerielle Krisis war noch immer auf demselben Standpunkte.

Belgien.

Brüssel, 20. April. (R. Z.) Eine Menge Personen drängten sich heute nach der Repräsentantenkammer, weil man sehr gespannt war, die Erklärungen zu hören, welche, wie man wußte, von den Mitgliedern des Kabinetts über die letzte Ministerkrisis gegeben werden sollten. Die Erwartung des Publikums wurde vollständig befriedigt. Die Herren de Theur, Rogier, Hofschmidt und Malou nahmen der Reihe nach das Wort. Herr de Theur begann mit der Erklärung, daß das neue Kabinet, obgleich es ein gleichartiges sey, deshalb doch seinen Ursprung keinem Ausschließungssystem verdanke, und daß die Regierung stets in der Verfassung, in dem Studium der Bedürfnisse des Landes die Richtschnur für ihr Verhalten finden werde. Sodann sprach er den Wunsch aus, daß das Gesetz für den mittleren Unterricht, so wie das Zuckergesetz noch in gegenwärtiger Session votirt werden möge. Diese Aeußerungen haben Niemand überrascht, weil man im Voraus davon wußte. Weit

pikanter waren die Aufschlüsse, welche Herr Rogier über das von ihm, nachdem er mit Zusammenziehung des Kabinetts beauftragt worden war, dem Könige vorgelegte Programm gab. Dieses Programm umfaßte vorzugsweise folgende Punkte: Reform des Gesetzes über die Prüfungsjury; richtiges Verhältniß der Zahl der Repräsentanten und Senatoren zur Zahl der Bevölkerung; Vertheidigungsmittel gegen die Feindseligkeit öffentlicher Beamten; Auflösung der Kammern in dem Falle, daß das Kabinet in denselben keine genügende Zustimmung finde. Offenbar war ein solches von Borgreifungen strotzendes Programm nicht zulässig. Der König hätte durch Annahme desselben gewissermaßen seiner Autorität entsagt, und ganz gewiß würde er nicht den freien Gebrauch seiner verfassungsmäßigen Prerogative behalten haben. Dem Könige überträgt die Verfassung das Recht, seine Minister zu ernennen und zu entlassen, so wie die Kammern aufzulösen. Durch Annahme des Rogier'schen Programms würde der König sich, so zu sagen, in der Unmöglichkeit befunden haben, seine Minister zu entlassen, und er wäre verpflichtet gewesen, die Kammern aufzulösen, sobald das Ministerium es ihm vorgeschlagen hätte. Herr Rogier hat nun freilich behauptet, daß man seine Absichten verläumde, wenn man seinen Gedanken so auslege. Es sey falsch — rief er aus —, daß die liberale Partei, wenn sie zur Gewalt gelangt wäre, die königlichen Vorrechte hätte knechten wollen. Nachher schob er den Ball dem Ministerium zurück und behauptete, indem er sich aus dem Angeklagten zum Ankläger machte, daß die katholische Partei die Krone knechte. Als Herr Rogier diese Worte sprach, glühte er vor Zorn. Leider ist aber der Zorn ein schlechter Rathgeber, und es fiel daher dem Finanzminister nicht schwer, die Betheuerungen und Anklagen des Herrn Rogier auf ihren wirklichen Werth zurückzuführen. Jedem verständigen Manne leuchtet ein, daß Rogier's Programm nicht haltbar war. Was wäre aus der Unabhängigkeit der Beamten geworden, wenn sie befähigt ihre Absetzung zu befürchten hätten? Was wird aus der Stimmfreiheit in einer Kammer, die jeden Tag mit Auflösung bedroht ist? Das Wahre ist, daß Hr. Rogier nicht auf die Majorität in der Repräsentantenkammer zu zählen wagte; einzig diese Befürchtung drängte ihn zu den Verirrungen, welche ihn verhinderten, mit seinen Freunden an's Ruder zu kommen. Hätte er sich gemäsig zu zeigen gewußt, hätte er nicht aller Welt Drohungen, an den Kopf geworfen, und hätte er nicht durch Ankündigung reaktionärer Maßregeln die Freunde der Ordnung erschreckt, so würde ohne allen Zweifel die Kammer, wie das Land, ein weise zusammengesetztes liberales Kabinet willig unterstützt haben. Wie 1840, so hat sich auch 1846 Hr. Rogier die Thüre zur Gewalt durch seine Heftigkeit verschlossen und einzig sich selbst hat er sein Mißlingen Schuld zu geben. Neue Heftigkeiten können ihn nur noch mehr compromittiren u. doch steht zu besorgen, daß er die Hize seines Charakters nicht zu mäßigen weiß. Uebrigens ist noch keineswegs Alles zu Ende. Hr. Verhaegen hat noch eine oder mehrere Reden in Reserve, welche die Kammer erst wird aushalten müssen, bevor sie zur Berathung der zahlreichen Gesetzeswürfe schreitet, welche ihre Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen. Die Diatriben des Abgeordneten von Brüssel werden jedoch in der Sachlage nichts ändern. Das Ministerium ist der Mehrheit in der Kammer gewiß. Die Opposition wird nicht mehr als 36 Stimmen zusammenbringen können, während die übrigen 60 der Regierung gehören werden. Dies ist die allgemeine Ansicht, und man braucht die Physiognomie unserer Volksvertretung nur in etwas zu kennen, um voraussetzen zu können, daß die Ansicht ganz oder doch beinahe richtig ist. Allerdings könnte das Kabinet nicht auf die Majorität rechnen, wenn es ihm einsele, zum Nachtheile der aus seinem Schooße ausgeschlossenen Partei zu regieren; in dieser Hinsicht aber kann Jedermann vollkommen ruhig seyn und die Handlungen des Kabinetts werden, wie man dreist voraussetzen kann, solche Zuversicht nicht täuschen.

Großbritannien.

London, 20. April. Nach dem so eben erschienenen amtlichen Berichte über das am 5. April abgelaufene Finanzjahr war das Einkommen für dasselbe auf 50,390,000 Pfd. St. veranschlagt, hat aber 52,009,324 Pfd. St. ergeben; die Ausgaben, welche auf 49,690,000 Pfd. St. veranschlagt waren, betragen 49,628,724 Pfd. St., so daß ein Ueberschuß von 2,380,600 verblieb, während er nur auf 700,000 Pfd. St. veranschlagt worden war.

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 19. April. Dem Literaten Held, der bekanntlich des Hochverraths und der Majestätsbeleidigung angeklagt worden war, ist jetzt das Urtheil zweiter Instanz mitgetheilt worden. In erster Instanz war auf drei Jahre Festung und Verlust der Nationalfarben erkannt worden, das Oberlandesgericht in Raumburg hat in zweiter Instanz den Verlust der Nationalfarben gänzlich aufgehoben und die drei Jahre Festungsstrafe auf ein Jahr gemildert. Held macht sich Hoffnung, die Redaktion seines „Volksvertreters“ auch auf der Festung fortsetzen zu können; nach den Beschränkungen jedoch, denen die literarische Thätigkeit Edgar Bauer's und Walebrode's unterworfen worden ist, wird daran gezweifelt werden können.

Eine vor einigen Tagen in einer Buchdruckerei zu Berlin stattgefundene Feuersbrunn hat dadurch für das gesammte Publikum ein Interesse bekommen, daß der eben im Drucke begriffene zweite Theil eines Romans von Willibald Alexis (Dr. Hering), auf den die Lesewelt schon überaus gespannt war, nicht bloß in den fertigen Druckbogen, sondern auch im Manuscript dabei verbrannt ist. Da der Verfasser keine Abschrift besitzt, so sieht er sich genöthigt, das Buch, sofern ihm nicht einzelne Aushängebogen gerettet sind, zum zweitenmal zu schreiben, was bei einer in der Charakteristik wie im Styl so sorgfältig ausgeführten Arbeit, wie sie W. Alexis zu liefern pflegt, keine geringe Anmuthung ist. Noch dazu wird gerade dieses Werk des beliebten Schriftstellers sehr gerühmt; es heißt „die Hofen des Hrn. v. Bredow“, und behandelt den Kampf der Bludderhofen mit den eng anschließenden Beinkleibern, zu einer Zeit, wo diese Veränderung für eben so wichtig galt, wie heutzutage so manches Andere, wovon unsere Enkel nicht begreifen werden, warum ihre Vorfahren sich so gewaltig darauf verfeist haben.

Wien, 18. April. Dem Si des Columbus, wie der freiherrlich v. Hügel'sche Gärtner Hooibrenf das von ihm erfundene Heizsystem benennt, ergeht es hier fast eben so, wie der von dem berühmten Entdecker der neuen Welt aufgestellten Hypothese. Nur in sehr engen Kreisen schenkt man Vertrauen dieser, wofern probethaltig, höchst wichtigen Erfindung, worüber selbst ein befugtes Urtheil zu haben, wir jedoch keineswegs beanspruchen. Indes hat Herr v. Hügel Patente dafür in seinem eigenen Namen nachgesucht, was vermuthen läßt, er habe deshalb ein Abkommen mit dem Erfinder getroffen.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers.



